

# Editorial

Als der Deutsch-Französische Ministerrat am 14. März 2006 die Themen Integration, Chancengleichheit und Migration als künftiges gemeinsames Arbeitsfeld festschrieb, stieß er das Tor zu einer ganz neuen Form der Zusammenarbeit auf. Geradezu sensationell an dieser Initiative war die Bereitschaft, auf Gebieten wie der Bildungs-, Integrations- und Einwanderungspolitik voneinander zu lernen, wo doch historisch gewachsene Traditionen, Art und Dauer der kolonialen Vergangenheit sowie Unterschiede im Selbstverständnis von Staat und Gesellschaft durchaus eine eher nationale Herangehensweise zu begünstigen scheinen (siehe den Beitrag von Maximilian Müller-Härlin).

Eine erste, vom Deutsch-Französischen Institut vorbereitete gemeinsame Sichtung von positiven Praxisbeispielen am 18. Juli 2006 in Paris ließ jedoch rasch erkennen, wie ähnlich die Fragestellungen sind, wenn man sich konkrete Einzelfälle anschaut und die offizielle Rhetorik vergisst (siehe hier den Beitrag von Wolfram Vogel). So hat etwa der Versuch von bisher gut 2 000 französischen Unternehmern, über eine „charte de la diversité“ Jugendlichen aus dem Migrationsmilieu den Zugang zu einem Arbeitsplatz zu erleichtern, bereits erste deutsche Nachahmer gefunden. Umgekehrt hat sich bei französischen Teilnehmern die Einsicht stärker verbreitet, dass mit staatlich geförderten Krippen und Schulen allein die Integration nicht zu bewältigen ist, sondern die Rolle der Mütter sehr viel nachdrücklicher bedacht werden muss. Allerdings hat deren Bedeutung auch in Deutschland zwar in der Familienpolitik eine Rolle gespielt, aber bisher kaum in der Integrationspolitik.

Andererseits kann das traditionell universalistisch denkende Frankreich vielleicht von Deutschland lernen, dass unbeschadet aller republikanischen Weigerung, ethnische und religiöse Diffe-

renzen zur Kenntnis zu nehmen, manche Konflikte in den Traditionen speziell muslimischer Länder begründet sind. Nicht umsonst ist in Frankreich die Bewegung „Ni putes, ni soumises“ geboren worden (siehe *Dokumente*, 4/2003), und nicht umsonst sind es vor allem männliche Jugendliche aus muslimisch geprägten Ländern, die als Schulabbrecher, Randalierer etc. auffällig werden. Die in der republikanischen Rhetorik verfeimte „discrimination positive“ als Förderinstrument bei offenkundiger Chancenungleichheit ist jedoch bisher nur von Nicolas Sarkozy als Zukunftsthema bestimmt worden.

Es dürfte inzwischen unstrittig sein, dass auch ethnisch oder religiös grundierte Integrationsprobleme durch erfolgreiche Einbindung in Ausbildungs- und Arbeitsprozesse weitgehend abgefedert werden können. In Deutschland steht dabei die Sprachförderung ganz im Vordergrund, bei Migranten aus der Türkei oder aus dem ehemaligen sowjetischen Herrschaftsbereich eine allzu lange sträflich übersehene Selbstverständlichkeit. In Frankreich ist die Sprache weniger ein Problem als die Arbeitsbereitschaft in der Schule und die Öffnung für die Möglichkeiten, die etwa das „enseignement technologique et professionnel“ bietet (siehe den Beitrag von Werner Zettelmeier). Sie werden in größerem Umfang von jugendlichen Migranten aus anderen europäischen Ländern genutzt, kaum von Jugendlichen aus dem Maghreb.

Die Schulen selbst haben in Frankreichs schwierigen Vierteln durchaus eigene Wege gesucht, um den unterdurchschnittlichen Schulleistungen besonders von Migrantenkindern zu begegnen. Dass es aber auch hier keine einfach zu übernehmenden Patentlösungen gibt, zeigen die von Philippe Bongrand beschriebenen, etwas zwiespältigen Erfahrungen mit den „Zones d'éducation prioritaires“ (Z.E.P.). Die vielen Eltern, die alles dafür tun, ihre Kinder in einer Privatschule unterzubringen, statt die Fördermöglichkeiten einer Z.E.P. zu nutzen, sprechen, so Martina Zimmermann, eine deutliche Sprache.

So haben beide Regierungen ein Arbeitsprogramm angestoßen, das einen weit größeren staatlichen und gesellschaftlichen Einsatz erfordert, als beide Länder bisher aufzubringen bereit gewesen sind.

Johannes Thomas